

„Sie sind eben geboren als Multimillionäre“

MdL Mike Huster in der Aktuellen Stunde der Linksfraktion zur Erbschaftssteuer

Die Erbschaftssteuer war auf Antrag der Fraktion DIE LINKE zu Beginn der letzten Plenarsitzung (28.9.) Thema einer Aktuellen Stunde im Landtag. Folgend aus dem Plenarprotokoll die Rede des finanzpolitischen Sprechers der Linksfraktion Mike Huster:

Seit 1906 gibt es eine deutschlandweite Erbschaftssteuer. Seitdem wird sie gelegentlich reformiert: 1919, 1922, 1955, 1974 und 2008. Interessant ist die Reform von 1919. Wer mehr als eine Million Mark geerbt hatte und selbst schon mindestens 100.000 Mark besaß, musste 90 Prozent Erbschaftssteuer zahlen. Das war so eine Art Bedürfnisprüfung, wie sie das Bundesverfassungsgericht aktuell vom Gesetzgeber verlangt, und es war ein hoher Steuersatz für Superreiche.

Das Bundesverfassungsgericht hat uns aufgetragen, diese Ungerechtigkeit zu beenden

Jetzt sind wir 100 Jahre und einige Steuerreformen weiter und Deutschland hat bei der Erbschaftssteuer Zustände wie im Feudalismus. Milliarden von Euro werden minderjährigen Kindern vererbt oder geschenkt, die selbst nichts von diesem Vermögen erarbeitet haben. Sie sind eben als Multimillionäre geboren. Die Zementierung solcher Vermögensverhältnisse wird auch noch staatlich unterstützt. Für die größten Vermögen gibt es Steuerbefreiungen in Größenordnungen bis hin zur völligen Steuerfreiheit und die Kleinen müssen zahlen. In der DIW-Wochenzeitschrift (36/2016) wurde zur Erbschafts- und Schenkungssteuerstatistik 2011 bis 2014 beschrieben: 144 Milliarden steuerfreie Unternehmensübertragungen, davon steuerfreie Unternehmensübertragungen im Wert von 37 Milliarden Euro an Minder-

jährige, davon 30 Milliarden Euro an 90 Kinder unter 14 Jahren. Das sind im Durchschnitt 327 Millionen Euro pro Kind unter 14 Jahren. Diese Ungerechtigkeit zu beenden hat uns das Bundesverfassungsgericht aufgetragen.

Mit Urteil vom 17.12.2014 hat es einige Teile des Erbschafts- und Steuergesetzes für verfassungswidrig erklärt. Das Gesetz muss geändert werden, weil es gegen Artikel 3, Abs.1 des Grundgesetzes verstößt, in dem bekanntlich steht: „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.“ Der aktuelle



Kompromiss enthält nun immer noch unverhältnismäßig hohe Vergünstigungen, insbesondere für große Betriebsvermögen. Ich behaupte, dass auch dieser neue Entwurf gegen Artikel 3 Abs. 1 des Grundgesetzes verstößt: „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.“ Im Übrigen haben drei von acht Verfassungsrichtern in einem Sondervotum auch einen Verstoß gegen Artikel 20 Abs. 1 des Grundgesetzes gesehen. Ich zitiere erneut das Grundgesetz: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“

Ein Gesetz, das dem Gleichheitsgrundsatz und dem Sozialstaatsgebot widerspricht, muss geändert werden. Der vorliegende sogenannte Kompromiss tut dies nicht. Reformbedarf be-

steht weiterhin. Es ist davon auszugehen, dass in den nächsten zehn Jahren in Deutschland jedes Jahr rund 300 Milliarden Euro vererbt oder durch Schenkungen übertragen werden. Bisher werden davon fünf Milliarden Euro Erbschaftssteuer zur Finanzierung des Sozialstaats eingenommen.

Der Staat verzichtet jährlich auf 15 Milliarden Euro

Für den Landeshaushalt sind dies etwa 130 Millionen Euro im Jahr, davon 15 Millionen Euro direkt und der Rest über den Länderfinanzausgleich. Gegenüber den tatsächlichen Einnahmen aus der Erbschaftssteuer beträgt der Wert der Verschönerung von Betriebsvermögen etwa das Dreifache. Der Staat verzichtet also auf 15 Milliarden Euro jährlich, um das Verschönern und Vererben von Betriebsvermögen zu verschonen. Dabei ist eine angemessene Begünstigung von kleinen und mittleren Unternehmen wichtig für den Erhalt der Arbeitsplätze. Aber die Privilegierung darüber hinaus, und dann noch ohne tatsächliche Bedürfnisprüfung, ist unverhältnismäßig. Sie schadet dem Wohl der Allgemeinheit und dient nur dem Wohl einiger Weniger.

Das deutsche Erbschaftssteuerrecht ist nach wie vor reformbedürftig. Dabei ist eine mögliche Aufkommenserhöhung nur ein Aspekt am Rande. Das Mindeste, was eine Erbschaftssteuerreform leisten muss, ist, dass derjenige, der schon vor der Erbschaft vermögend ist, nicht auch noch eine Steuerbefreiung bekommt. Abschließend kann ich daher sagen, dass die Position der Thüringer Landesregierung und der Finanzministerin im Vermittlungsverfahren von Bundestag und Bundesrat, diesem faulen Kompromiss nicht zuzustimmen, ihn abzulehnen, aus unserer Sicht die richtige Entscheidung gewesen ist.

VON A BIS Z:

Ökostromumlage

„Das erneute Steigen der Ökostromumlage zeigt das Versagen der Politik der CDU-geführten Bundesregierung“, so Steffen Harzer, Energiepolitiker der Linksfraktion. „Regional, dezentral und erneuerbar sollte die Energiewende umgesetzt werden, nicht mit immer neuen Offshorewindparks und Monsternstromtrassen. Wir haben nicht zu viel Ökostrom im Netz, sondern zu viel Braunkohlestrom.“

Strom aus Braunkohle erreichte im vergangenen Jahr ein Rekordniveau seit 1990. Er verstopft die Stromleitungen, sodass Ökostromanlagen vom Netz genommen werden. Die Betreiber erhalten eine Entschädigung, die nun auf die Stromkunden umgelegt wird. „Dieser Wahnsinn muss beendet werden. Die Bundesregierung muss endlich einen Kohleausstiegsplan und ein Programm zur Markteinführung von Speichertechnologien vorlegen sowie die dezentrale, regionale Erzeugung und Vermarktung des Ökostromes ermöglichen“, fordert Steffen Harzer und ist überzeugt, dass mit weniger Braunkohlestrom die Energieversorgung in Deutschland gesichert werden kann. „Die ideale Brückentechnologie sind hocheffiziente Gaskraftwerke, die nur die Hälfte des CO₂-Ausstoßes der Kohle haben und flexibel einsetzbar sind. „Der Windkraftausbau im Norden und der Transport über neue Trassen nach Süddeutschland führt zu steigenden Kosten in den nächsten Jahren und stellt die Energiewende mehr und mehr in Frage“, so der Abgeordnete.

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Die nächsten Plenarsitzungen sind anberaumt vom 9. bis 11. November sowie vom 7. bis 9. Dezember. Bei Interesse an Teilnahme an einer der Tagungen auf der Besuchertribüne im Erfurter Landtag bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Fraktion DIE LINKE melden (Tel. 0361 3772295).

Ausstellung:

Die Ausstellung „Synagogen in Thüringen und in Europa“ des Malers Michail Balan wird im Beisein des Künstlers am 8. November um 13 Uhr in der Flurgalerie der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag in der 4. Etage des Fraktionsgebäudes feierlich eröffnet.

Immer auf dem Laufenden im Internet unter:

www.die-linke-thl.de

Islamausstellung

Die muslimische Ahmadiyya Muslim Jamaat-Gemeinde möchte der Öffentlichkeit die zahlreichen Facetten des Islams vermitteln und damit vorherrschende Stereotypen und Vorurteile über die Religion aufbrechen und die Vorstellungen der Thüringerinnen und Thüringer über den Islam um neue Perspektiven bereichern.

Dazu präsentiert sich die Gemeinde in Kooperation mit den Fraktionen von DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 2. bis 16. November mit der Islamausstellung „Eine Reise durch die islamische Zeit“ auf den Fluren der Koalition im Thüringer Landtag. Die Ausstellung kann täglich, außer sonntags, in der Zeit von 10 bis 20 Uhr im Fraktionsgebäude besichtigt werden.

Bürgergutachten

Das Bürgergutachten zur Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform startete am 27. Oktober in Suhl. Die erste Planungszelle aus zufällig ausgewählten Südthüringern war mit 24 engagierten Teilnehmerinnen und Teilnehmern aller Altersgruppen voll besetzt. Die Zufallsauswahl ermöglicht, dass Menschen, die sich sonst möglicherweise nicht zu Wort melden, in die Debatte einbezogen werden. In den kommenden Wochen werden weitere Planungszellen in Tambach-Dietharz, Gera und Mühlhausen stattfinden. Die Ergebnisse werden Anfang nächsten Jahres in einem Bürgergutachten veröffentlicht. Die Bürgerinnen und Bürger werden dann noch einmal zu einer Feedback-Veranstaltung geladen.

Entgeltgleichheit

Rainer Kräuter, gewerkschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion, sagte zum Tag der betrieblichen Entgeltgleichheit am 14. Oktober mit Blick auf die Männer: „Sie könnten ab heute zu Hause bleiben und hätten dann im Schnitt genausoviel verdient, wie ihre Kolleginnen am Jahresende. Gleiche und gleichwertige Arbeit muss auch gleich bezahlt werden. Leih- oder Werkarbeiter machen keine andere Arbeit als ihre Kollegen. Wenn wir dieses Ziel erreichen wollen, müssen wir natürlich zuerst dafür einstehen, dass Frauen den gleichen Lohn bekommen wie Männer. Dafür stehen wir solidarisch an der Seite unserer Kolleginnen und unterstützen sie in ihrem Kampf, wo immer sie uns brauchen.“